

## **Bericht**

### **des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

zur Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder (GKVS) am 11./12. Oktober 2017 in Hamburg  
und zur Verkehrsministerkonferenz am 9./10. November 2017 in Wolfsburg

#### **TOP 8**

#### **Wasser- und Schifffahrtsangelegenheiten – Zukunft der Traditionsschifffahrt**

Nach dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 27./28.04.2017 soll die Bundesregierung über die Ergebnisse der angekündigten Gespräche mit den Dachverbänden der Traditionsschifffahrt berichten.

Am 23.05.2017 fand im BMVI in Berlin unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Ferlemann, MdB, eine Gesprächsrunde zu der am 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Verordnung zur Änderung der schiffssicherheitsrechtlichen Vorschriften über Bau und Ausrüstung von Traditionsschiffen und anderen Schiffen, die nicht internationalen Sicherheitsregeln unterliegen, statt. Es nahmen rund 70 Interessenvertreter und Betreiber von Traditionsschiffen teil, die rund 50 Schiffe vertraten.

Themen waren die Historizität, das Betreiberkonzept (Bestätigung des ideellen Zweckbetriebs), die Seediensttauglichkeit sowie die Anwendung der Ausnahmeklausel bei den technischen Anforderungen. Die Einrichtung der Stelle einer Ombudsperson, die bei Unstimmigkeiten zwischen Antragsteller und Berufsgenossenschaft-Verkehr schlichten soll, und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern des BMVI, der Zulassungsbehörde und der Interessenvertretung, die in Zusammenhang mit der Umsetzung der Verordnung stehende Probleme identifizieren und lösen soll, wurden vereinbart.

Am 20.06.2017 fand im BMVI unter der Leitung des Abteilungsleiters Wasserstraßen und Schifffahrt, Herrn Klingen, ein Gespräch mit der Gemeinsamen Kommission für Historische Wasserfahrzeuge (GSHW) statt. Erörtert wurden die EU-Fahrgastschiffssicherheitsrichtlinie und deren Ausnahmeklauseln, eine finanzielle Förderung der Traditionsschiffe sowie ebenfalls die Einrichtung der Ombudsstelle und die Einrichtung der Arbeitsgruppe. Die GSHW hat angekündigt, dem BMVI Informationen über den Umfang des Förderbedarfs zukommen zu lassen.